

354 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 12. Dezember 1969, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 neuerlich geändert wird

Mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates sollen die gemeinnützigen Krankenanstalten hinsichtlich des Familienlastenausgleiches ebenso behandelt werden, wie die Gebietskörperschaften. Demnach werden sie den Aufwand an Familienbeihilfen aus eigenen Mitteln zu tragen haben und sind von der Verpflichtung zur Entrichtung eines Dienstgeberbeitrages zum Ausgleichsfond für Familienbeihilfen befreit. Mit Rücksicht auf den hohen Lohnkostenanteil der gemeinnützigen Krankenanstalten wird hiedurch für diese, nicht auf Gewinn ausgerichteten Einrichtungen, deren allgemeine Notlage bekannt ist, eine spürbare Entlastung eintreten.

Der Finanzausschuß hat den gegenständlichen Gesetzesbeschluß in seiner Sitzung vom 15. Dezember 1969 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Finanzausschuß den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 12. Dezember 1969, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 neuerlich geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 15. Dezember 1969

Leopoldine P o h l
Berichterstatter

P o r g e s
Obmann